

# ¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 684

Mittwoch, 10. Juli 2019

26. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	1
Das Oberste Wahlgericht bestätigt nun, wer in den Kongress gewählt worden ist.....	1
In diesen fünf Landkreisen wird die Wahl am 11. August wiederholt.....	3
Lebensmittelcoupons in Zeiten der Wahl.....	4
Landkonflikt fordert erneut zwei Todesopfer in Guatemala.....	5
CODECA beklagt neuerlichen Mord an einem ihrer Mitglieder in Livingston.....	5
Eine gute Nachricht: Gewählter WINAQ-Bürgermeister von Raxruhá in Alta Verapaz lebt.....	6
Urgent Action: Anwalt der Xinca immer noch in Lebensgefahr.....	6
Sommerpause.....	6

## Editorial

*Da hat sich an dem Wahlergebnis nach der Neuzählung nicht viel geändert. Die UNE hat dreimal so viel Sitze wie die nächst grösste Fraktion, die übrigen 16 Parteien, deren VertreterInnen in den Kongress gewählt worden sind, dümpeln zwischen einem und 12 Sitzen. Die drei linken und indigenen Parteien (MLP, URNG-MAIZ und WINAQ) kommen zusammen auf acht Sitze und die linksliberale Partei SEMILLA auf sieben Sitze. Das sind zusammen weniger als 10 % der Sitze, aber mehr als diese Parteien je erreicht haben. Wie sozial die stärkste Fraktion UNE, die ja Mitglied der Sozialistischen Internationale ist, tatsächlich ist, wird sich zeigen. Zu erwarten, dass sie tiefgreifende Veränderungen an den ungerechten wirtschaftlichen und sozialen Strukturen vornehmen wird, ist leider unrealistisch. Dafür ist die UNE selbst zu sehr in die korrupte Machtelitenpolitik verstrickt. Sie hätte dazu gegen die übrigen zehn wirtschaftsliberalen und reaktionären Parteien, die sich im Kongress tummeln, auch keine Mehrheiten.*

*Gespannt sein dürfen wir darauf, ob Sandra Torres im gefühlt hundertsten Anlauf die erste Präsidentin Guatemalas und nach Violetta Chamorra im Nicaragua der 1990er Jahre die zweite in Zentralamerika wird. Bisher hat sie vorwiegend nach rechtsausen geblinkt, dabei dürfte es für die Wahl entscheidend sein, eher links stehende WählerInnen zu mobilisieren. Angesichts der oben geäußerten Erwartungen an ihre Regierung wird das sehr schwer, womöglich sogar unmöglich werden. Auf der anderen Seite aber kann sich Alejandro Giammattei nicht nur auf die WählerInnen des konservativen Lagers stützen, weswegen er ja vorsichtig in die Mitte schießt (sofern es so etwas in Guatemala überhaupt gibt). Auch wenn die Analysen, die im letzten Heft präsentiert wurden, eher auf Torres tippen ...; sicher ist gar nichts.*

*Die nächsten beiden Ausgabe werden – anders als im letzten Editorial angekündigt – im dreiwöchigen Rhythmus erscheinen – also am 14.08. und am 04.09. Danach ist alles wieder wie gehabt.*

## Das Oberste Wahlgericht bestätigt nun, wer in den Kongress gewählt worden ist

**Guatemala, 11. Juli** - 25 Tage nach den allgemeinen Wahlen haben die RichterInnen des Obersten Wahlgerichts (TSE) die 160 gewählten Abgeordneten des Kongress bestätigt. Die Abgeordneten werden am 14. Januar 2020 ihre Arbeit in der neunten Legislaturperiode aufnehmen. Die grösste Fraktion, die National Einheit der Hoffnung (UNE), hat zwar ein Drittel der Stimmen, ist aber weit von einer eigenen Mehrheit entfernt. Die Neuauszählung hat ihnen zwei Sitze mehr gebracht, und damit insgesamt 52 Sitze.

Die grösseren Fraktionen im Kongress haben bereits begonnen, Möglichkeiten des Dialogs auszutarieren, um der UNE ihre Agenda aufzudrängen.

Der Abgeordnete von VALOR (insgesamt neun Sitze; zur Erinnerung, das war die Partei, die erfolglos versuchte, Zury Rios zur Präsidentinnenschaft zu führen, d.Red.), Luis Rosales, erklärte, dass er in der nächsten Legislaturperiode eine Agenda betreiben werde, die auf Dialog zielen werde und schloss aus, dass seine Partei sich von Verhandlungen zurückziehen werde. Rosales sagte, dass er bei wichtigen Themen wie den Wahlrechtsreformen oder einem Gesetz über einen zivilen Dienst Übereinstimmungen mit anderen sehe, so dass er sich hier dem Dialog nicht entziehen werde, denn "in der Politik ist es notwendig, miteinander zu sprechen, aber etwas anderes miteinander zu verhandeln. Als Partei VALOR werden wir eine transparente Parlamentsarbeit leisten". Er fuhr fort, dass es sehr wahrscheinlich sei, dass die Gespräche in den letzten Monaten dieses Jahres beginnen werden, weil ja ein Plan für die Legislatur entwickelt werden müsse. "Sich zusammensetzen, um die Güte der Gesetzesanträge zu besprechen, ist etwas anderes als eine Annahme des einen mit der Zustimmung zu einem anderen Gesetz zu verknüpfen. Der Dialogprozess werde erschwert, wenn wir nach dem Motto verfahren: ich stimme heute diesem Gesetz zu, aber morgen wirst du dann jenes Thema durchwinken", sagte Rosales.

Die Fraktion von VAMOS (mit 17 Sitzen die zweitstärkste Fraktion) wird dazu bereit sein, Konsense zu finden, um eine Agenda für die Legislaturperiode voranzutreiben. Die gewählten Abgeordneten vertrauen darauf, dass die Themen, die in der jetzigen Legislaturperiode vorgeschlagen wurden, eine noch grössere Bedeutung erhalten werden, falls der Kandidat von VAMOS, Alejandro Giammattei, am 11. August zum Präsident gewählt werden würde.

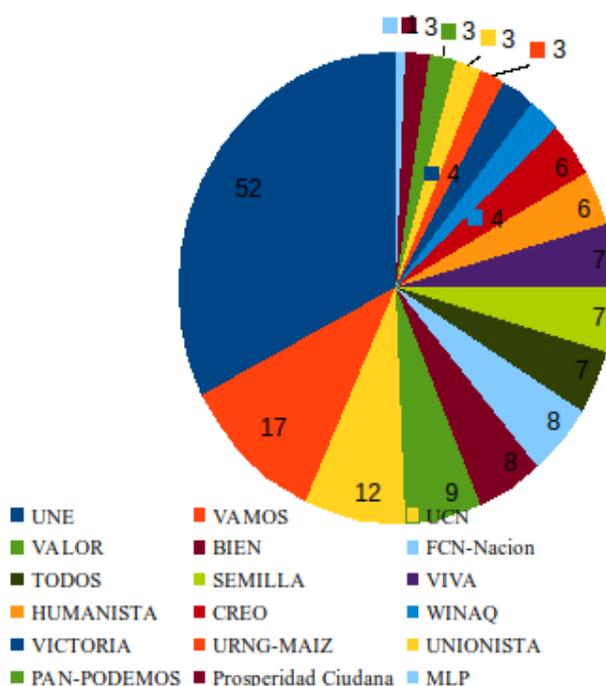
Der gewählte Abgeordnete Carlos Roberto Calderón von VAMOS sagte: "Wir sind die ersten gewesen, die bereits eine Agenda für die Legislatur vorgestellt haben und wir werden mit den übrigen Kräften und Fraktionen einen Konsensus darüber finden. Das Land braucht Einheit, Stärke und eine in die Tiefe gehende Arbeit. Unsere Aufgabe ist es, diese Veränderungen zu fordern und umzusetzen". Calderón sagte weiter, dass seine Partei eine Strategie verfolge, die es ihnen ermöglichen werde, Mehrheiten im Kongress bei Themen von nationalem Interesse zu erhalten. Er "lade alle Fraktionen ein im Konsensus und einheitlich in einem Kongress zu arbeiten, der allen GuatemalteKInnen gehöre und nicht den Parteifarben, als die wir gesehen werden."

Die Fraktion der Partei für Nationalen Wohlstand (BIEN, acht Sitze) hat ebenfalls die Spielräume für Gespräche im nächsten Kongress analysiert, weil sie "sich bewusst sei, dass die Fraktion der UNE viele Sitze, aber nicht deren Mehrheit hat" und deshalb wird es von den Themen von allgemeinem Interesse abhängen, um zu Vereinbarungen zu kommen. Die BIEN-Abgeordnete Andrea Villagrán (früher Abgeordnete bei TODOS) sagte: "Im Gremium der Fraktionsvorsitzenden, in dem jede Fraktion eine Stimme hat, werden wir Allianzen schmieden, um eine Mindest-Agenda zu definieren und mit anderen Parteien abzustimmen. Wir sind uns bewusst, dass wir uns in einigen Fällen mit den Mehrheitsfraktionen zusammensetzen und einen Konsens erzielen müssen". Die Fraktion von BIEN begann bereits darüber nachzudenken, mit welchen Fraktionen Allianzen gebildet werden könnten, genaueres darüber, um wen es sich dabei handelt, sei aber derzeit noch nicht spruchreif. Villagrán nannte aber das Beispiel des Wassergesetzes, das sie im Kongress voranbringen wolle. Daher müssten "Allianzen mit den Fraktionen von SEMILLA [sieben Sitze] und CREO [sechs Sitze] gesucht werden". [Selbst wenn die UNE dabei wäre, fehlten einer solchen Allianz weiterhin 8 Stimmen für eine Mehrheit, d.Red.]

### Verhandlungen?

Der Politologe Jahir Dabroy von der Vereinigung für soziale Studien (ASIES) ist der Ansicht, dass die UNE der beherrschende Akteur in der nächsten Legislaturperiode sein werde – unabhängig davon, ob Sandra Torres oder Alejandro Giammattei die Präsidentschaftswahl gewinnt. "Für eine Präsidentin Torres wäre die Fraktion natürlich eine wichtige Bastion, um Entscheidungen und Gesetze durchzusetzen, z.B. auch in Bezug auf Ermittlungen gegen MinisterInnen und StaatssekretärInnen, die ihre Funktionen nicht erfüllen. Aber auch für einen Präsidenten Giammattei wird die UNE-Fraktion eine Macht sein, die sich gegen vieles, was dieser verfügt, sperren wird", vermutet Dabroy.

Daher werde Giammattei angesichts seiner viel kleineren Fraktion ein sehr viel schwereres Umfeld haben. Er müsste sehr geschickt agieren, um auch nur zu minimalsten Übereinkünften in Bezug auf seine Regierungspolitik zu kommen. "Wenn Torres kommt, dann werden die Konsense minimal sein, denn sie hat keine Notwendigkeit mit den grossen Fraktionen zu verhandeln. Wer aber auf einen Verhandlungsprozess im Kongress angewiesen sein würde, ist Giammattei. Er würde an Verhandlungen mit der UNE gar nicht vorbeikommen", sagt der Experte.



Cristhians Castillo vom Institut der Nationalen Probleme der Universität San Carlos (IPNUSAC) ist der Ansicht, dass angesichts ihrer grossen Zahl der Sitze niemand an Verhandlungen mit der UNE vorbeikommt, egal, ob Torres oder Giammattei Präsident werden. Die Fraktionen der unternehmernahen Parteien werden die natürlichen Partner der UNE (52 Sitze) sein: Prosperidad Ciudadana (ein Sitz), VIVA (sieben Sitze), UNIONISTA (drei Sitze), PAN (mit PODEMOS drei Sitze). Diese sind zwar nicht sehr gross, aber diszipliniert bei der Abgabe der Stimme. Bei Wirtschaftsthemen werden sie also dabei sein. Natürliche Partner sind auch FCN-Nación (acht Sitze), CREO (sechs Sitze) und TODOS (acht Sitze), die bereits gewohnt sind, zu verhandeln, dies aber nun aus einer geschwächten Position tun müssen. "TODOS stellte zum Beispiel in den letzten vier Jahren den Posten des ersten Vizepräsidenten. Daher werden sie alles versuchen, diesen wieder zu ergattern. Damit werden sie zu einem festen Partner der UNE werden müssen, was insgesamt dazu führt, dass diese mit den drei Parteien 75 Stimmen erreichen könnte [*wir kommen da nur auf 74 (52+8+8+6), d.Red.*] Schliesslich werden dann die Scharnierfraktionen dazu dienen, um 80 oder 105 Stimmen (*letztere, wenn zwei-Drittel-Mehrheiten notwendig werden, d.Red.*) zusammenzubringen: Das wären BIEN (acht Sitze), UCN (12 Sitze), VICTORIA (vier Sitze) und HUMANISTA (sechs Sitze)", erklärte Castillo. Währenddessen kommen die linken Parteien auf insgesamt 15 Sitze und die sind dann die einzige reale Opposition im Kongress, sind aber nur eine marginale Kraft im Kongress. Die UNE werde als Regierungspartei ohne Opposition regieren, während ein Präsident Giammattei sich der UNE annähern werden wird, um seine Ziele durchzusetzen.

### **Ubico behält das Mandat**

Obwohl er 2003 von einem Gericht in den USA wegen Heroinschmuggel zu 46 Monaten Haft verurteilt worden war, wurde die Wahl von José Armando Ubico Aguilar als Abgeordneter des Distriktes Sacatepéquez für TODOS bestätigt. Der letzte Bericht des US-State Departments führte ihn in der Liste der korrupten FunktionärInnen, etwa weil er ohne Visa in die USA eingereist sei. Ubico Aguilar war 2005 unter Auflagen freigelassen worden. Er war am 3. November 2001 (*im Alter von 23 Jahren, d.Red.*) am Internationalen Flughafen Newark (bei New York) wegen Drogenschmuggel festgenommen worden. Der jetzige Abgeordnete erklärte sich für schuldig "sich gegen die USA verschworen zu haben, um mindestens einen Kilo Heroin ins Land zu bringen".

Der Präsident der TSE, Julio Solórzano, sagte, dass die Entscheidung, ihm das Abgeordnetenmandat zu erteilen, korrekt sei, weil sie in ähnlich gelagerten Fällen ebenso entschieden hatten. Obwohl es keine offizielle Stimmabgabe darüber gab, so wurde doch bekannt, dass die Richter Solórzano, Mario Aguilar Elizardi, Rudy Pineda und Jorge Mario Valenzuela für die Zulassung des Mandats sprachen, während die einzige Richterin, María Eugenia Mijangos, anderer Meinung war. Für sie ist die Tatsache seiner Verurteilung in den USA Anzeichen dafür, dass er – wie in Artikel 113 der Verfassung festgelegt – nicht für das Amt eines Abgeordneten geeignet ist. (PL)

## **In diesen fünf Landkreisen wird die Wahl am 11. August wiederholt**

**Guatemala, 11. Juli** – Die Kommunalwahlen werden in fünf Landkreisen aufgrund von Unruhen von Seiten unzufriedener Teile der Bevölkerung wiederholt. Bei den fünf Landkreisen handelt es sich um Iztapa, Escuintla; Tajumulco, San Marcos; Esquipulas Palo Gordo, San Marcos; San Antonio Ilotenango, Quiché; San Jorge, Zacapa. Das TSE bestätigte den neuen Termin, den 11. August.

Julio Solórzano, Präsident des Wahlgerichts, erklärte, dass die Wahllisten ihre Farbe verändern werden, weil dieselben politischen Organisationen teilnehmen werden wie am 16. Juni. "Die Sicherheitscodes werden eingedruckt, aber wir können natürlich nicht sagen, wie und wo", sagte er. Weiter führte er aus, dass er eine interinstitutionelle Sicherheitsgruppe zusammengerufen habe, um über die Massnahmen zu beraten, die notwendig sein werden, um zu verhindern, dass es dort (oder auch in anderen Teilen des Landes während der Präsidentschaftswahl) zu ähnlichen Unruhen kommen wird. Die Richterin des TSE, María Eugenia Mijangos, erklärte, dass in den Landkreisen, in denen die Wahl wiederholt wird, Präventionskräfte der Stiftung ProPaz und der UNDP arbeiten werden, "um die Bevölkerung vorzubereiten".

### **Was geschah an diesen Orten?**

In Iztapa drang eine Gruppe von BewohnerInnen in die Wahlzentren ein und zerstörte die Wahlzettel, weil die Ergebnisse nicht ihren Kandidaten begünstigt hatten, sondern der bisherige Bürgermeister, Mario Mejía, wiedergewählt wurde.

In Tajumulco verbrannten BewohnerInnen Teile der Wahlzettel, sodass die WahlhelferInnen nur 50 % der Wahlstimmen zählen konnten. Daher erklärte das TSE die Wahl für ungültig und wies eine Wahlwiederholung an.

In Esquipulas Palo Gordo hat ein angebliches Transport von (fremden) WählerInnen zu Unruhen geführt, die schliesslich in einer offenen Auseinandersetzung zwischen PolizistInnen der PNC und der BewohnerInnen mündete.

In San Antonio Ilotenango verbrannten Gemeindeangehörige die Wahlzettel, Wahlzettel und Fahrzeuge, weil sie mit dem vorläufigen Ergebnis der Wahlen nicht einverstanden waren.

In San Jorge wurden die Wahlen verschoben, weil die Mitarbeiter der kommunalen Wahlbehörde zurücktraten, nachdem sie Morddrohungen erhalten hatten. "Es hatte bereits zuvor Drohungen gegeben, dass keine Wahl stattfinden dürfe, aber nun richteten sie sich gegen einzelne Verantwortliche und da sind sie zurückgetreten", berichtete Julio Solórzano über das, was dort am Wahltag geschah. (PL)

## Lebensmittelpcoupons in Zeiten der Wahl

**Guatemala, 3. Juli** – Obwohl eine Hilfe durch das Landwirtschaftsministerium (MAGA) für 122.000 vom saisonalen Hunger bedrohten Familien für März zugesagt worden war, werden die Familie noch bis August auf die Lebensmittelpcoupons im Wert von 200 Quetzales (22.69 Euro) warten. Sie repräsentieren ein gutes Drittel aller, die von den Coupons profitieren sollen. Die Übergabe der Coupons für die genau 122.024 vom Hunger bedrohten Familien wird nun – so verkündete der Landwirtschaftsminister Mario Méndez Montenegro - nach der Stichwahl am 11. August stattfinden. Es handelt sich um BäuerInnen, die darauf warten, den 200-Quetzales-Gutschein zu erhalten, der gegen Lebensmittel eingetauscht werden kann, um so den Nahrungsmittelmangel, unter dem – zusätzlich verschärft durch die Hitzewelle des Jahres 2018 - sie seit März leiden, zu lindern.

In der letzten Woche vor der ersten Runde der Wahlen wurde mit der Übergabe der Coupons des Subventionsprogramms begonnen, um die Ernährungsnotlage von 355.000 Familien zu entschärfen. Allerdings wurde dem Programm vorgeworfen, dass diese Massnahme zu politischen Zwecken und zugunsten der Regierungspartei missbraucht werden würde. Einige Fälle in diversen Departamentos schienen diese Vorwürfe zu bestätigen: Dort wurden die Coupons nur gegen die Zusage, für eine/n bestimmten KandidatIn zu stimmen, übergeben. Das MAGA bestreitet dies, während die Vorgänge sowohl von der Staatsanwaltschaft (MP) als auch dem Rechnungshof untersucht werden.

Angesichts dieser Lage ordnete der Landwirtschaftsminister, Méndez Montenegro, an, die Ausgabe zu stoppen. Laut einem Bericht des Ministeriums wurden 232.976 von insgesamt 339.979 Coupons der Nationalen Kredit- und Hypotheken-Bank verteilt. Die erwähnten 122.024 Coupons stehen also noch aus (*Anmerkung der Redaktion: JournalistInnen sind offenbar nicht richtig gut im Rechnen: 339.979 minus 232.976 sind 107.003, aber sei's drum.*)

“Es gab Druck von vielen Seiten, dass ein solches Programm durchgeführt werden soll, nun wird es umgesetzt und leider genau in der Wahlkampfzeit”, sagte der Minister und beschwor, dass es aber nirgendwo zu einer politischen Konditionalisierung gekommen sei. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft für Wahldelikte seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Der Minister stellte eine Anzeige vor, die er gegenüber der MP gemacht habe, und die sich gegen Personen richtet, die das Programm zu politischen Zwecken genutzt haben könnten, wobei er es ablehnte Namen zu nennen, um “die Ermittlungen nicht zu gefährden”. Er wies darauf hin, dass die Übergabe der Coupons verschoben wird, “um dem Misstrauen zu begegnen”. Wenn wir es in den nächsten Tagen verteilen würden “werden die erneut sagen, dass damit diesem oder jener KandidatIn geholfen werden soll”. Deswegen wird das ganze auf die Zeit nach der Stichwahl verschoben.

Iván Aguilar, Leiter des Humanitären Programms von Oxfam Guatemala, sagte, dass die Haltung von MAGA inakzeptabel sei, weil Hilfe bis zum August aufgeschoben werde. Das ist für Menschen, die zu wenig zu essen haben, nicht zielführend. “Wir würden am Ende einer Periode der Nahrungsmittelknappheit stehen. Der Schaden für die Kinder unter fünf Jahren, also jene, die am stärksten an der Ernährungsknappheit leiden, wird nicht mehr zu verhindern sein. Die Leute werden immer mit wirtschaftlichen Ressourcen versorgt, aber das Ziel muss doch sein, sie vor Hunger und akuter Unterernährung zu schützen. Durch solche Aktionen wird das nicht gelingen”, erklärte Aguilar.

Laut Oxfam hat die chronische Unterernährung in sieben Landkreisen in Baja Veracruz und Chiquimula, die von der Hitzewelle am heftigsten getroffen wurden, um 6,9 % zugenommen. Die Ergebnisse weiterer Studien zeigten, dass die Zunahme zwischen 2016 und 2019 in Cubulco, Rabinal und San Miguel Chicaj, Baja Verapaz, sowie in Camotán, Jocotán, Olopa und San Juan Ermita, Chiquimula sichtbar wurde. Aguilar wies zudem darauf hin, dass das Misstrauen, dass die Programme für politische Zwecke genutzt werden, auch deshalb auftritt, weil klare und nachvollziehbare Kriterien fehlen, wer die Vorzüge der Coupons erhalten soll. “Wenn sie das alles angemessen planen würden, gäbe es die Vertrauensprobleme nicht, weil wenn die Haushalte nach nachvollziehbaren Kriterien ausgewählt werden und die Zivilgesellschaft dabei beteiligt wird, werden die Programme nicht mehr in Zweifel gezogen”, meinte Aguilar.

Der Gesamthaushalt des Programms beträgt in diesem Jahr 75 Millionen Quetzales (8,51 Mio. Euro), von denen zwischen 70 und 71 Millionen für Coupons (7,94 bis 8.05 Millionen Euro) und 4 Millionen (454.000 Euro) für Bankgebühren ausgegeben werden.

Neben der Übergabe von Coupons kündigte Landwirtschaftsminister Méndez Montenegro an, dass das MAGA weitere Programme zur Unterstützung der BäuerInnen durchführe, etwa die Wiederherstellung von Bewässerungsanlagen und die Einstellung von 131 AgrarberaterInnen. Diese sind für die Beratung der Landwirte über Pflanztechniken und Arten von Produkten zuständig, die sie je nach Gebiet, in dem sie sich befinden, anbauen können.

Laut Luis Franco, Leiter der Direktion für regionale Koordination und ländliche Erweiterung (DICORER), gebe es derzeit drei solcher AgrarberaterInnen pro Landkreis, es fehlten jedoch noch Personen, um 50 Landkreise abzudecken, da sich niemand beworben habe, an diesen Orten zu arbeiten. Im Ministerium arbeiten insgesamt 1.150 AgrarberaterInnen, aber nur 340 von ihnen arbeiten ständig an ein und demselben Ort, kritisiert Franco.

Ada Sucely Miranda Gómez, Agraringenieurin, die seit 2014 für das MAGA als Agrarberaterin vertraglich arbeitet, ist eine der Fachkräfte, die an solchen Orten tätig ist.

“Wir nähern uns den Personen des Agrarsektors und unsere Hauptaufgabe ist es, Aktivitäten zu koordinieren, um diesen Leuten zu helfen, ihr Anbausystem zu verbessern, die Regen- und Trockenzeiten zu kennen. Damit wollen wir die Kontrolle der BäuerInnen über ihre Ernten absichern”, sagte Miranda Gómez.

Jetzt, wo Haushaltsmittel da sind, sagt sie weiter, können die Bildungsangebote kontinuierlich stattfinden, während sie zuvor nur in kurzen Perioden angeboten wurden. Damit gäbe es eine stabile Arbeitszeit. Als Lohn wird sie 5.700 Quetzales (652,42 Euro) plus Zusatzzahlungen im Monat erhalten. (PL)

## Landkonflikt fordert erneut zwei Todesopfer in Guatemala

**Guatemala-Stadt.** Zwei Mitglieder der CODECA (Komitee für bäuerliche Entwicklung) sind am 5. Juli ermordet worden. Wie die Organisation mitteilte, ereignete sich der Vorfall gegen 10:20 Uhr im Landkreis Livingston, Izabal an der Ostküste. Landarbeiter und Mitglieder von CODECA kehrten auf ihr Land zurück, das die Grossgrundbesitzer und Unternehmerfamilie Sinibaldi für sich beansprucht (*die ja mit Alejandro Sinibaldi auch einen einflussreichen Politiker in ihren Reihen hat [d. Red.]*).

Nach Angaben von CODECA wurden ihre beiden Mitglieder, Isidro Pérez, 85 Jahre alt, und Meliso Ramírez, 70 Jahre alt, erschossen, als sich etwa 15 bewaffnete Männer den Landarbeitern entgegenstellten und aus grosskalibrigen Waffen das Feuer auf die Unbewaffneten eröffneten.

In einem vom unabhängigen Radiosender Radio Victoria veröffentlichten Video sagten Betroffene aus, dass Pérez und Ramírez versucht hatten, mit den Bewaffneten zu sprechen und den Konflikt zu entschärfen. Die übrigen Betroffenen hätten sich daraufhin im Wald in Sicherheit gebracht. Des Weiteren erklärten die Betroffenen, dass es sich um Land im Besitz der Kleinbauern gehandelt habe, von dem sie zuvor von der Familie Sinibaldi vertrieben wurden.

Der nationale Ombudsmann für Menschenrechte, Jordan Rodas Andrade, verurteilte die Morde und forderte von den zuständigen Behörden, die Verantwortlichen zu ermitteln sowie Massnahmen gegen die Kriminalisierung und Gewalt "gegen UmweltschützerInnen und VerteidigerInnen des Landes und der Territorien" zu ergreifen.

Guatemala ist neben Brasilien das Land mit der ungerechtesten Landverteilung auf dem Kontinent. Diese ist seit Jahrzehnten eine der Hauptursachen für die andauernde Gewalt und extreme soziale Ungleichheit im Land. Schon der Sturz der an sozialen Reformen arbeitenden Regierung Jacobo Arbenz 1954 hatte seine Hauptursache im Konflikt mit einheimischen Grossgrundbesitzern und der US-amerikanischen United Fruit Company, damals grösster Landbesitzer Guatemalas. Die anschliessenden Jahrzehnte der Diktatur und des Bürgerkriegs manifestierten die ungerechten Besitzverhältnisse. Das Ende des Krieges und die Demokratisierung konnten daran bislang nichts ändern.

Mit 46,5 Prozent chronischer Unterernährung bei Kindern und bis zu 80 Prozent in ländlichen Gebieten hat Guatemala den traurigen Spitzenplatz in Lateinamerika. Der fruchtbare Boden an der Pazifikküste und im Osten des Landes, wo sich die jüngsten Morde ereigneten, ist nahezu ausschliesslich in den Händen einiger GrossgrundbesitzerInnen. Die Landwirtschaft ist auf den Export orientiert. Angebaut werden vor allem Bananen, Kaffee, Zuckerrohr und auch die Palma Africana für die Biodieselproduktion, überwiegend für den nordamerikanischen Markt. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft, vor allem in den Hochlandregionen, leidet zudem unter den neoliberalen Freihandelsabkommen der letzten 20 Jahre. Unternehmen wie Monsanto können genmanipulierten Mais mittlerweile billiger im Land verkaufen als lokale Produzenten den Mais aus einheimischer Produktion. So werden bedeutende Teile dieses Hauptnahrungsmittel Guatemalas mittlerweile importiert. Die Herstellung von Ernährungssouveränität ist damit auch eine der zentralen Forderungen der Organisation CODECA, die 1992 als Interessenvertretung der Landarbeiter der Costa Sur gegründet wurde und mittlerweile landesweit tätig ist.

(Von Thorben Austen, Quetzaltenango, amerika21, Quelle: Ollantay Itamná)

## CODECA beklagt neuerlichen Mord an einem ihrer Mitglieder in Livingston

**Guatemala, 14. Juli** - Erneut ein Mord an einem CODECA-Mitglied im Landkreis Livingston. Nun traf es Julio Ramirez, 55 Jahre alt. Er stammte aus San Antoni Seja, Landkreis Livingston, Izabal.

Am Freitag, den 12 Juli, am Abend gegen 20 Uhr wurde er von zehn Kugeln angeschossen, abgegeben von unbekanntem Personen, als er sich auf dem Rückweg in sein Haus befand. Er starb am darauf folgenden Tag im nationalen Krankenhaus Puerto Barrios.

Der Menschenrechtsverteidiger Ramirez war Vorsitzender von CODECA in seiner Gemeinde.

Die wesentlichen Punkte ihres Kampfes waren:

1. Einleitung eines Prozesses einer verfassungsgebenden, plurinationalen Nationalversammlung.
2. Kampf um die Verteidigung des Landes.
3. Verteidigung der Arbeitsrechte im Agrarsektor.
4. Forderung nach Vergesellschaftung der privatisierten Güter der Daseinsvorsorge.
5. Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte.

Die Repression gegen CODECA kostete im letzten Jahr sechs Menschenleben. In diesem Jahr wurden ebenfalls sechs Menschenrechtsverteidiger ermordet und eine Menschenrechtsverteidigerin ist bis jetzt spurlos verschwunden.

Wir fordern Gerechtigkeit und die Bestrafung für die MörderInnen und ihre intellektuellen UrheberInnen.

Wir rufen die Völker Guatemalas auf, den Prozess einer verfassungsgebenden, plurinationalen Nationalversammlung zu beschleunigen.

(CODECA, Übersetzung: Thorben Austen, bearbeitet von der Redaktion)

## Eine gute Nachricht: Gewählter WINAQ-Bürgermeister von Raxruhá in Alta Verapaz lebt

**Raxruhá, Alta Verapaz, 12. Juli** - Im letzten Heft hatten wir berichtet, dass der einzige Bürgermeister, der für die Partei WINAQ gewählt wurde, Carlos Tut, im Landkreis Raxruhá in Alta Verapaz, ermordet worden sei. Das ist erfreulicherweise nicht der Fall. Der Vorfall spielte sich – entgegen der Informationen, die ungeprüft (*wir entschuldigen uns dafür, d.Red.*) im letzten Heft publiziert wurde – am Morgen nach der Wahl am 16. Juni so ab: Bewaffnete auf Motorrädern hatten auf ein Gebäude des Landratsamtes geschossen, dabei wurde ein Begleiter des gewählten Bürgermeisters verletzt, aber niemand getötet. Hintergrund ist, dass in dem Landkreis noch im Wesentlichen die indigenen Autoritäten die Entscheidungen treffen und die traditionellen Parteien nichts zu sagen haben. Aus diesem Grunde konnte WINAQ als indigene Partei auch die Wahlen gewinnen. Carlos Tut hatte bei den Wahlen 2.284 Stimmen erhalten. Zweite war die Partei VICTORIA mit 1.579 Stimmen, dritter CREO mit 1.391 Stimmen. Es wird vermutet, dass es sich bei den AngreiferInnen um AnhängerInnen der traditionellen Parteien handelt. So wird der gewählte Bürgermeister sein Amt antreten können. (*Danke an Thorben Austen für die Information*)

## Urgent Action: Anwalt der Xinca immer noch in Lebensgefahr

**London/Berlin/Guatemala, 19. Juli** - Am 23. Juni überfiel eine mit Macheten und Kleinwaffen bewaffnete Gruppe ein Treffen führender VertreterInnen der indigenen Xinca in Jumaytepeque, Santa Rosa. Sie stiessen Drohungen gegen die Teilnehmenden aus und schlugen einige von ihnen. Dies berichtete der Anwalt Quelvin Jimenez, der vor Ort war und selbst massiv bedroht wird. Einen Tag später, am 24. Juni, wurde Quelvin Jimenez von NachbarInnen darauf aufmerksam gemacht, dass ein Fahrzeug immer wieder um sein Haus fahre. Er rief die Polizei an und bat sie um Schutz. Die BeamtenInnen sagten ihm jedoch, dass sie keine freie Patrouille hätten, die sie dafür abstellen könnten. Der Anwalt Quelvin Jimenez war Ende April darüber informiert worden, dass er ermordet werden soll und sein Haus überwacht werde. Am 6. Mai versuchte ein Mann auf einem Motorrad, der schon zuvor in der Nähe des Hauses von Quelvin Jimenez gesehen worden war, sein Auto zu stoppen. Quelvin Jimenez hat darüber hinaus schon mehrmals telefonische Morddrohungen erhalten. Die Untersuchung der früheren Angriffe ist immer noch anhängig. Die Staatsanwaltschaft hat zwar Sicherheitsmassnahmen zum Schutz von Quelvin Jimenez angeordnet, jedoch wurden diese von der Polizei noch nicht umgesetzt. Amnesty International fordert die Staatsanwaltschaft auf, eine Untersuchung des Angriffs durchzuführen und Quelvin Jimenez zu schützen. Aktionsseite: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/anwalt-der-xinca-immer-noch-lebensgefahr> (Bitte keine Aktionen mehr nach dem 28. August 2019.)

## Sommerpause

*Nachdem Theresa und ich nochmal in unsere Urlaubspläne geschaut haben, ist uns aufgefallen, dass der für den 21.08. anvisierte Termin für die Ausgabe ungünstig ist. Wir haben daher überlegt, dass wir zwei Mal drei Wochen Pause zwischen den Ausgaben lassen. Das heisst, dass die nächste Ausgaben am 14. August und am 4. September erscheinen werden und wir danach wieder in den üblichen Rhythmus übergehen. Die Drucklegung 14. August hat auch den Vorteil, dass direkt und aktuell über die Präsidentschaftswahlergebnisse berichtet werden könnte.*

**Wir wünschen allen AbonnentInnen eine schöne Sommerzeit!**

### ¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

[www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

### Redaktion:

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:**

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6